

«Es ist viel teurer, nichts zu machen»

Im Anschluss an ihre GV vom Donnerstag, bei der Hansruedi Müller als Präsident verabschiedet und Katja Bärenfaller sowie Stefan Zeitner als neue Co-Präsidenten gewählt wurden, hatte die Naturforschende Gesellschaft Davos zu einem viel beachteten Online-Podium zum Thema «Covid-19 Task Forces und der Umgang mit der Pandemie» geladen.

Zuerst nahm Martin Bühler, Leiter des Amtes für Militär und Zivilschutz und Chef des Krisenstabs des Kantons, mit auf eine kurze Reise zu den Anfängen der Pandemie. Der Kanton habe sehr früh reagiert und bereits am 24. Februar zu einem Rapport eingeladen. «Dabei war es keine Frage mehr, ob das Virus zu uns kommen würde, sondern nur wann.» Zu dieser Zeit habe man alles mittels superprovisorischer Verfügungen geregelt, erinnerte er sich. «Erst am 16. März mit dem Ausrufen der «Besonderen Lage» wurden sie auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.» Während der relativ ruhigen Zeit im Sommer habe man Pläne für vier verschiedene Szenarien erstellt, um dann festzustellen, dass die dort festgelegten Schwellenwerte nicht funktionierten. Deshalb orientiere man sich bei der Beurteilung der Lage nun an der Belegung der Intensivstationen. Gelernt habe man aus der ersten Welle auch, dass regionale Unterschiede, wie etwa in den Südtälern, berücksichtigt und zugelassen werden müssten.

Aus Sicht des Spital Davos

Auch Internist Walter Kistler, Leiter des Krisenstabs am Spital Davos, wusste von wertvollen Lehren zu berichten. Aufgrund eines ersten Verdachtsfalles während des WEFs – «Der Patient wurde mit Vollschutz ins Spital gebracht und der Abstrich per Heli ins Labor nach Spiez. Zum Glück war alles ein Fehlalarm» – habe er die Pflichtlager inspiziert und festgestellt, dass diese kaum mehr vorhanden waren. «2015 hatte man sie als nicht notwendig beurteilt und grösstenteils aufgelöst.» Dank der frühen Warnung habe sich das Spital noch rechtzeitig und zu vernünftigen Preisen neu eindecken können. In Davos sei die erste Welle mit lediglich 25 Fällen, von denen sechs hätten stationär behandelt werden müssen, sehr milde ausgefallen. «Als ein Patient dennoch verstarb, erschrecken wir alle. Covid-19 hatte plötzlich ein Gesicht.» Gross sei die Hilfsbereitschaft ringsherum gewesen, und dem Spital sei Material, wie Beatmungsgeräte, angeboten worden. «Die Infrastruktur hätten wir gehabt, wären aber trotz Winterbestand an Personal auf dieser Seite schnell an Grenzen gestossen.»



Moderatorin Katja Bärenfaller behält den Überblick über Teilnehmende und Zuhörende.

Bild: zVg

Die zweite Welle habe das Spital auf dem linken Fuss erwischt. «Nicht wegen der Hospitalisationen, aber wegen des Testvolumens.» Man habe die schmerzliche Erfahrung machen müssen, wie wenig diese Entwicklungen kontrollierbar seien. Deshalb wollte Kistler auch keine Prognosen für den Winter machen. «Wir rüsten auf, haben aber keine Ahnung, was kommt. Sicher ist jedoch, dass Notfallpatienten keine Einschränkungen erleben werden.»

Aus epidemiologischer Sicht

Epidemiologe Christian Althaus ist Mitglied in der «National Science Task Force» und arbeitet dort in der für Daten und Modellrechnungen zuständigen Gruppe. «Wir versuchen herauszufinden, wie sich das Virus verbreitet und wie gefährlich es für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ist», beschrieb er seine Tätigkeit. «Sehr schnell war klar, dass wir dieses Virus nicht einfach durchrasseln lassen können, weil sonst ein Kollaps mit vielen Todesfällen drohte.» Inzwischen sei aus der ersten Welle ein Grundwissen vorhanden, das noch verfeinert werden müsse. «Was nicht stimmt, ist, dass sich das Virus abgeschwächt hat. Es breitet sich im Moment lediglich eher in einer Bevölkerungsgruppe aus, die tendenziell einen leichteren Verlauf hat.» Festgestellt

habe man, dass der Ausbruch der zweiten Welle mit dem Wetterumschwung von Ende September zusammenfalle, was wiederum mit dem vermehrten Aufenthalt in geschlossenen Räumen zusammenhänge.

Aus ökonomischer Sicht

Für die Wirtschaftsexpertin und ebenfalls Mitglied des Nationalen Wissenschaftlichen Arbeitsausschusses, Monika Bütler, gibt es kein Abwägen zwischen dem Wohl der Wirtschaft und der Gesundheit. Als Grund gab sie die Anpassungsfähigkeit der Menschen an. «Die Mobilitätsrate der Bevölkerung brach schon zwei Tage vor dem Lockdown um 50 Prozent ein», erklärte sie. Darum müssten die Kosten einer Eindämmung immer mit jenen einer ungebremsten Pandemie verglichen werden. «Interessenvertreter machen alle den Fehler, dass sie die Kosten der Eindämmung einer Wirtschaft ohne Pandemie gegenüberstellen.» Ausserdem werde dabei die Corona-Müdigkeit der Bevölkerung ausgenutzt. «Die geringsten Einbussen haben jene Länder mit der besten Eindämmung», sagte Bütler, und folgerte: «Es ist viel teurer, nichts zu machen.» Sie forderte aber auch, dass die Folgen von Schliessungen kompensiert werden müssten.